

Integration erfordert beiderseitiges Engagement

Rede von CDU-Generalsekretär

Stephan Toscani, MdL

Debatte im Plenum des Saarländischen Landtags

11. Februar 2009



Inhalt:

Integration erfordert beiderseitiges Engagement.....	1
Ohne Sprache keine Integration	3
Integration im Saarland.....	4
Unsere Werte müssen Basis von Integration sein.....	6
Integration ist auch Herzenssache	8
Anhang	IX

Integration erfordert beiderseitiges Engagement

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Warum sprechen wir heute über „Integration“? Das Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat vor ein paar Tagen eine Studie veröffentlicht. Sie trägt den Titel: „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland.“ Diese Studie hat für Aufsehen gesorgt. „Die Welt“ schrieb: „Viele Türken verweigern sich der Integration.“ Der Titel im „Spiegel“ lautete: „Für immer fremd.“ Die Saarbrücker Zeitung ebenfalls sehr pointiert, aber mit anderem Schwerpunkt: „Saarland Schlusslicht bei der Integration.“

Wahrscheinlich hatte der Landesvorsitzende der SPD, Herr Maas, nur die Überschrift gelesen und keine Ahnung, was in der Studie überhaupt drinsteht, als er dazu gesagt hat: Das Saarland liegt hinten bei der Integration, die CDU-Landesregierung hat versagt. Die SPD macht es sich damit ein zu einfach. Ihre Überlegungen sind zu platt, meine Damen und Herren von der SPD!

Wollten wir genauso platt argumentieren, würden wir sagen: Integration ist eine Langzeitaufgabe, und wenn das Saarland jetzt bei der Integration hinten liegt, so ist das ein Ergebnis von 15 Jahren gescheiterter SPD-Integrationspolitik! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das Thema ist zu wichtig, um es so einseitig aufzuziehen!

Die Studie ist es wert, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Wir machen das ernsthaft und differenziert. Daher haben wir heute diese Aussprache beantragt.

Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Deutsche und Zuwanderer leben und arbeiten friedlich zusammen. Mittlerweile ist jeder Fünfte in Deutschland Zuwanderer oder stammt von Zuwanderern ab. In manchen Städten stammen bereits zwei Drittel aller Unter-5-Jährigen aus Migrantenfamilien. Zuwanderer sind also keine kleine Minderheit, sondern ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft.

Bei allen Problemen, die wir haben, sollten wir nie vergessen, dass Deutschland Millionen Zuwanderer erfolgreich integriert hat! Das ist eine gemeinsame Leistung sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch der Zuwanderer. Es gibt ja prominente Beispiele. Denken Sie an den Regisseur Fatih Akin, den Schriftsteller Wladimir Kaminer, Fußballer wie Miroslav Klose oder Lukas Podolski.

Aber auch über diese prominenten Beispiele hinaus gibt es viele, die sich im gesellschaftlichen Alltag einbringen. Heute Morgen durften wir in der Saarbrücker Zeitung lesen, dass es zum ersten Mal einen türkischstämmigen Karnevalsprinzen im Saarland gibt. Auch das ist ein Beispiel gelungener Integration. Viele Zuwanderer konnten bei uns ihre Talente entfalten. Sie haben unser Land geistig, kulturell und sozial nach vorn gebracht. Deshalb sage ich ausdrücklich: Deutschland ist Integrationsland!

Integration bedeutet Einbindung in das gesellschaftliche Gefüge, Akzeptanz kultureller Vielfalt, das Ganze aber auf der Basis unserer Verfassung. Wer in Deutschland leben möchte, braucht seine Herkunft nicht zu verleugnen. Er braucht seine Wurzeln nicht aufzugeben. Aber wer bei uns leben will, muss die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung anerkennen. Unser Ziel ist die Integration auf der Basis des Grundgesetzes. Multikulti-Illusionen und Parallelgesellschaften lehnen wir ab!

Das Gelingen von Integration erfordert den Einzelnen, sie liegt aber auch in der Verantwortung des Staates und der gesamten Gesellschaft. Sie braucht das Zusammenwirken aller und berührt alle Lebensbereiche: Religionsgemeinschaften, Kultur und Bildung, Migrantenorganisationen, die Medien, den Sport, Vereine, Unternehmen und Gewerkschaften. Und es braucht das Engagement aller politischen Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden.

Integration funktioniert nur wechselseitig, sie erfordert neben der Bereitschaft und dem aktiven Einsatz der aufnehmenden Gesellschaft auch den Willen zur Integration aufseiten der Zuwanderer. Deshalb lautet der Titel unseres Antrags: Integration erfordert beiderseitiges Engagement.

Ziel einer gelungenen Integrationspolitik ist Teilhabe - am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben. Es gibt die Integration ins Bildungssystem, es gibt die berufliche Integration, es gibt die sprachliche Integration, die politische Integration und die Integration ins gesellschaftliche Leben. Das geht nicht kurzfristig. Integration ist eine Langzeitaufgabe. Klar ist aber auch - und das hat die Studie gezeigt, von der ich eingangs gesprochen habe: Obwohl sie teilweise schon Jahrzehnte bei uns leben, sind Zuwanderer - im Durchschnitt jedenfalls - leider immer noch schlechter gebildet, häufiger arbeitslos und nehmen weniger am öffentlichen Leben teil. Unser Ziel ist es, diese Differenzen abzubauen. Um das zu schaffen, meine Damen und Herren, brauchen wir eine zielgerichtete Integrationspolitik.

Das ist heute allgemein anerkannt. Aber das war erstaunlicherweise nicht immer so. Das lag daran, dass sich in Deutschland jahrzehntelang zwei unterschiedliche Auffassungen gegenüberstanden haben:

Auf der einen Seite standen diejenigen, die gesagt haben:
„Migranten sind Gastarbeiter“, Menschen, bei denen man davon

ausging, dass sie nach ein paar Jahren in ihre Heimat zurückkehren würden. Aus dieser Sicht waren Integrationsbemühungen gar nicht erforderlich. Diese Ansicht teilten übrigens auch viele der Betroffenen selbst.

Auf der anderen Seite standen diejenigen, die zwar die Zuwanderung als dauerhaft wahrnahmen, aber auch dort gab es keine Bestrebungen für eine echte Integration. Dort nämlich haben viele geglaubt, alles werde schon irgendwie von alleine funktionieren. Manche hatten gar die Illusion einer multikulturellen Gesellschaft.

Das Ergebnis war: Eine echte, eine zielgerichtete Integration haben beide Seiten weder gefordert noch betrieben.

In Deutschland hat vor rund zehn Jahren ein Paradigmenwechsel eingesetzt. Peter Müller hat dafür innerhalb der CDU Deutschlands den Weg bereitet, zunächst als Vorsitzender der Zuwanderungskommission und später als Verhandlungsführer der CDU beim Zuwanderungsgesetz. Das Zuwanderungsgesetz trägt die Handschrift unseres Ministerpräsidenten. Peter Müller hat dafür gesorgt, dass wir in Deutschland jetzt eine realistische, eine zielgerichtete Integrationspolitik haben. Das ist seine Leistung in der Zuwanderungspolitik!

Ohne Sprache keine Integration

Wer in ein anderes Land einwandert, muss die Landessprache erlernen. Ohne Sprache keine Integration. Ein Kind, das in der Schule sitzt und kein Wort Deutsch spricht, hat keine Chance. Es schafft keinen Schulabschluss, es bekommt keinen Beruf, es landet fast zwangsläufig in der Sozialhilfe. Integration beginnt mit Sprache. Auch das hört sich heute wie eine Selbstverständlichkeit an, war es aber viele Jahrzehnte lang in Deutschland nicht. Wer beispielsweise in den Siebziger- und Achtzigerjahren gefordert hatte: *„Zuwandererkinder können erst eingeschult werden, wenn sie ausreichend Deutsch sprechen“*, der wurde in eine bestimmte, nämlich in die rechtsextreme Ecke gestellt.

Mittlerweile hat das sogar die SPD anerkannt. Es steht im neuen SPD-Grundsatzprogramm - ich zitiere -: *„Die Kenntnis der deutschen Sprache ist unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land miteinander leben können.“* Wie stark sich gerade die SPD in diesem Bereich verändert hat, hat der frühere SPD Bildungssenator von Berlin, Klaus Böger, einmal auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt - ich zitiere -: *„Wir haben alle Fehler gemacht. Alle akzeptieren mittlerweile, dass Deutsch zu erlernen keine Zumutung, sondern ein selbstverständlicher Anspruch ist. Das wurde lange Zeit als“* - so wörtlich –

„Zwangsgermanisierung abgetan.“ Er fügte hinzu: *„Vor allem haben wir Toleranz mit Gleichgültigkeit verwechselt.“*

Meine Damen und Herren! Genau das ist der entscheidende Punkt: Falsch verstandene Multikulti-Illusionen führen in die Sackgasse, sie verhindern eine echte Integration in unsere Gesellschaft. Als die SPD im Saarland regiert hat, gab es nichts. Egal, ob ein Kind Deutsch konnte oder nicht, es wurde einfach eingeschult. Sie von der SPD, die Sie damals Verantwortung hatten, Sie haben diese Kinder einfach sich selbst und ihrem Schicksal überlassen. Sie haben diese Kinder in ihr Unglück laufen lassen. Das ist das Gegenteil von Integration!

Wir als CDU im Saarland haben das verändert. Das passiert heute nicht mehr. Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, bekommen schon im Kindergarten besondere Vorlaufkurse. Sie werden erst eingeschult, wenn sie Deutsch können. Das Programm heißt "Früh Deutsch lernen". Wir haben es systematisch aufgebaut. Bald gibt es das Programm flächendeckend im ganzen Land. Wir sind stolz darauf, dass wir diesen Kindern jetzt helfen. "Früh Deutsch lernen" trägt bei uns im Saarland dazu bei, dass Kinder integriert werden. Das ist ein wichtiger Baustein für gelungene Integration im Saarland.

Ohne Sprache keine Integration. Das ist so. Aber mit Sprache volle Integration? Nein. Sprache ist nur ein Teil. Integration beginnt mit der Sprache, aber Sprache ist bei Weitem nicht alles. Wir sehen das ja in Frankreich, in den Banlieues, den problematischen Vororten, wo es in der Vergangenheit ja oft zu schweren Ausschreitungen gekommen ist. Die Jugendlichen dort sprechen einwandfrei französisch, aber trotzdem stimmt es mit ihrer Integration hinten und vorne nicht.

Integration im Saarland

Ich komme zurück auf die Studie, die vor einigen Tagen veröffentlicht wurde. Was sagt diese Studie zur Integration im Saarland aus? Das Saarland ist bei dieser Integrationsstudie Schlusslicht - wohlgemerkt auf der Basis von Zahlen aus dem Jahr 2005 und auf alle Altersklassen bezogen. Die Studie sagt, Migranten haben bei uns einen besonders niedrigen Ausbildungsstand. Nur in NRW und Berlin ist er noch schlechter. Und besonders viele Migranten hängen an staatlichen Sozialleistungen. Das sind die Fakten, die wollen wir nicht wegdiskutieren.

Die Studie sagt aber auch, warum das so ist. Es hängt an der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes. Vor allem ungelernte Kräfte, oft ohne Schulbildung, sind in den Fünfziger- und Sechzigerjahren zu uns gekommen, um in der Montanindustrie zu arbeiten. Die Studie - ich zitiere sie - bringt es mit einem Satz auf den Punkt: *„Es ist anzunehmen, dass der geringe Bildungsstand in der industriellen Vergangenheit des Landes*

wurzelt, als eine höhere Schulbildung zum Geldverdienen nicht unbedingt erforderlich war.“ Der entscheidende Punkt also: Es ist die Wirtschaftsstruktur. Im Saarland kamen vor allem Hilfsarbeiter ohne Schulabschlüsse. Deshalb stehen wir im Saarland vor dem Hintergrund unserer Wirtschaftsgeschichte bei der Integration vor besonderen Herausforderungen. Das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum das Saarland zurzeit noch relativ schlecht abschneidet. Mit der Politik der letzten zehn Jahre hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun, im Gegenteil! Wir haben diese großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, beherzt angenommen, und wir mussten so ziemlich bei Null anfangen.

Nehmen wir mal ein Beispiel. Ein heute 25-jähriger Türke oder Türkischstämmiger, der hier 1984 geboren wurde und ohne Schulabschluss dasteht oder als Hilfsarbeiter arbeitet. Der kam mit drei Jahren im Jahr 1987 in den Kindergarten - wenn er ihn denn besucht hat. Damals gab es keine besondere Sprachförderung und es gab kein kostenfreies drittes Kindergartenjahr. Er kam 1990 in die Grundschule. Und auch dort gab es damals fast keine Sprachförderung und fast keine Ganztagsangebote. Im Jahr 1994 kommt er auf eine weiterführende Schule, und auch dort gab es keine speziellen Förderangebote. Es gab nur ganz, ganz wenige Schulsozialarbeiter. Es gab auch keine intensive Betreuung in speziellen Klassen. Auch dort fast keine Ganztagsangebote. Und irgendwann hat ihn das saarländische Bildungssystem entlassen, ohne dass er jemals spezielle Hilfsangebote hatte.

In der Zeit der früheren SPD-Landesregierung hat Politik und Bildungspolitik für viele Kinder mit Migrationshintergrund bedeutet: keine Förderung, keinen Abschluss, keine Chance auf einen Beruf. Das war die Realität im Saarland in den Achtziger- und Neunzigerjahren.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Sie stellen heute einen Antrag mit dem Titel „Migranten besser fördern durch Bildung“. Sie hätten lieber, als Sie hier regiert haben, solche Anträge gestellt. Aber damals haben Sie ja lieber tausend Lehrerstellen abgebaut, als Kinder zu fördern. Das war die Realität.

Wir waren Schlusslicht. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, der Versuch Ihres Landesvorsitzenden Maas, der Landesregierung, der CDU jetzt die Probleme in die Schuhe zu schieben, ist zutiefst unredlich. Wenn Sie mit dem Finger auf uns zeigen, dann zeigen gleichzeitig drei Finger auf Sie zurück. Messen Sie uns an dem, was wir getan haben. Und wir haben ab 1999 angepackt. Wir haben das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Aufgrund dieser Maßnahme besuchen fast 100 Prozent eines Jahrgangs den Kindergarten. Und gerade besonders viele Kinder aus Migrantenfamilien, die früher eben nicht in den Kindergarten gegangen sind.

Das Programm „Früh Deutsch lernen“ habe ich erwähnt. Wir haben Reformklassen gemacht, Programme wie „Du schaffst das!“, Werkstattklassen. Alles in allem haben wir einiges auf den Weg gebracht, um Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Schule, bei ihrer Ausbildung zu helfen.

Diese Erfolge sind spürbar, sind messbar. Vor kurzem ist der Bildungsmonitor - eine Studie, die die schulischen Leistungen in allen Bundesländern vergleicht - zu dem Schluss gekommen: Das Saarland hat in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich das Risiko der Bildungsarmut für Jugendliche bekämpft. Der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss ist im Saarland stark rückläufig. Betrug der Anteil 1998 noch 11 Prozent, so sank er bis 2007 deutlich auf 7,6 Prozent. Meine Damen und Herren, kein anderes Bundesland hat in den vergangenen Jahren in der Bekämpfung der Bildungsarmut größere Erfolge aufzuweisen als das Saarland. Das ist das Ergebnis dieser Bildungsstudie, und das ist eine gute Nachricht vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund in unserem Land.

Speziell bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund schneiden wir im Saarland deutlich besser ab als der Durchschnitt aller Bundesländer. Ich zitiere wieder den Bildungsmonitor: *„Die Chancen von Ausländern im Bildungssystem haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Der Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Abschluss nahm von alarmierenden 25 Prozent in 1998 auf 16,1 Prozent im Jahr 2006 ab.“*

Sie haben richtig gehört: 1998, im letzten Jahr, als die SPD das Saarland regiert hat, verließen 25 Prozent, verließ jedes vierte Kind mit ausländischen Wurzeln die saarländischen Schulen ohne Abschluss. Um das bildlich klarzumachen: Wir haben hier 51 Sitze im Plenum. Im Verhältnis dazu wären 13 Plätze mit Menschen ohne Abschluss besetzt. Das wären drei Viertel der SPD-Fraktion. 13 von 51 hätten die Schule ohne Abschluss verlassen. Das waren die Dimensionen, das waren die schlimmen Ergebnisse Ihrer Regierungszeit. Ein Viertel aller Kinder mit Migrationshintergrund hat keinen Schulabschluss bekommen.

Unsere Werte müssen Basis von Integration sein

Meine Damen und Herren, so wichtig Sprache und Bildung sind - Integration ist mehr. Sie ist viel mehr! Man kann es auch anders herum ausdrücken: Je besser die Integration ist, umso leichter lernen Migranten unsere Sprache, und desto besser schneiden sie auch an den Schulen ab. Damit Integration gelingt, braucht es einen zielgerichteten umfassenden Ansatz. Und das ist es auch, was Politik leisten muss. Die CDU hat auf der Bundesebene den nationalen Integrationsplan angestoßen. Wichtig ist dabei das Gesamtkonzept, das Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Familien-, Bildungs- und Ausländerpolitik zu einem neuen Ansatz miteinander verknüpft. Im nationalen Integrationsplan haben sich Bund, Länder und

Kommunen sowie Vertreter der Bürgergesellschaft und viele Migrantengruppen auf eine nachhaltige Integrationspolitik verständigt.

Seit dem Jahr 2005 gibt es eine Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Maria Böhmer und Wolfgang Schäuble haben die Islam Konferenz angestoßen, ebenfalls wichtige Beiträge zur Integration in Deutschland. Hier auf Landesebene gibt es seit dem Jahr 2000 eine Integrationsbeauftragte, Staatssekretärin Gaby Schäfer. Und es gibt, vergleichbar dem Nationalen Integrationsplan, bei uns auf Landesebene ein Landesintegrationskonzept.

Wir stehen als CDU für eine systematische, für eine zielgerichtete Integration. Die SPD sagt, Deutschland ist Einwanderungsland. Wir als CDU sagen - und drücken das auch in unserem Grundsatzprogramm so aus -: Deutschland ist Integrationsland. Das geht weiter.

So wichtig die Verantwortung des Staates, der Gesellschaft ist: Der einzelne Zuwanderer muss auch etwas tun, damit Integration gelingt. Integration muss auch gewollt sein. Und dazu gehört, dass wir deutlich sagen, was wir von Zuwanderern erwarten. Die Philosophie in Teilen unserer Gesellschaft, die da sagt: „*Alles geht, alles ist gleich viel wert*“ - die steht für die Beliebigkeit von multikultureller Gesellschaft. Wir erwarten, dass Zuwanderer die Grundwerte, die bei uns gelten, anerkennen. Wer bei uns leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer Verfassung akzeptieren. Und wir scheuen uns auch nicht, falsche Traditionen und Bräuche, die unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit zugedeckt werden, offen anzuprangern. Wo Menschenrechte und Demokratie infrage gestellt werden, gibt es kein Recht auf kulturelle Differenz. Das gilt vor allem für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Das Grundgesetz macht nicht Schluss an der Haustür - auch nicht an der Haustür von Zuwanderern. Toleranz stößt dort auf ihre Grenzen, wo Freiheit, Menschenwürde und Gleichberechtigung verletzt werden. Parallelgesellschaften mit Ehrenmorden und Zwangsverheiratungen sind das Gegenteil von Integration. Dafür darf es bei uns in Deutschland keinen Raum geben.

Ich erinnere daran, was Seyran Ates, eine Berliner Anwältin und Frauenrechtlerin, vor kurzem in einem Artikel der „Zeit“ geschrieben hat. Frau Ates musste ihre Kanzlei schließen, weil sie wegen ihres Engagements für Menschenrechte bedroht wurde. Sie schreibt in der „Zeit“:
„Zwangsheirat ist kein Brauch, den die deutsche Gesellschaft als kulturelle Eigenart oder tolerierbares Fehlverhalten von Zuwanderern bestaunen sollte. Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung, die Mädchen und Frauen im Namen von Tradition und Kultur angetan wird.“

Meine Damen und Herren, wir sollten uns vor Augen führen: Die Große Koalition hat 2005 im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Zwangsverheiratung als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch eingeführt

wird. Im Jahr 2006 hat Baden-Württemberg im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Der wurde im Bundesrat verabschiedet. Das Saarland hat diesem Gesetzentwurf zugestimmt. Und trotzdem ist in den letzten Jahren nichts passiert.

Meine Damen und Herren, ich habe kein Verständnis dafür, warum Zwangsverheiratung immer noch kein Straftatbestand ist. Seit 2006, seit das im Bundesrat verabschiedet wurde, wird dieses Gesetz blockiert. Bundesjustizministerin Zypries blockiert das weitere Verfahren. Warum das möglicherweise so ist, dazu darf ich noch einmal Frau Ates zitieren: *„Dahinter stecken vermutlich einige beratungsresistente Multikulti-Ideologen. Sie lehnen jede Verbesserung der rechtlichen Position von Zwangsbräuten ab, weil sie ihre eigene heile Welt nicht in Unordnung bringen wollen. Denn sobald es einen neuen Straftatbestand gibt, werden die Anzeigen in die Höhe schnellen. Und es wird deutlich, welches Unglück die deutsche Gesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten in ihrer Mitte zugelassen hat.“*

Meine Damen und Herren, ich fordere Bundesjustizministerin Zypries und die SPD auf, endlich den Weg dafür frei zu machen, dass Zwangsverheiratungen als Tatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden.

Integration ist auch Herzenssache

Bei allen Problemen, die wir in Deutschland nach wie vor haben, sollten wir uns dennoch nicht den Blick dafür verstellen, dass die allermeisten Zuwanderer bei uns gut bis sehr gut integriert sind. Viele leben hier in einem gewissen Wohlstand. Sie leben in Ruhe und Frieden. Viele finden ihr Glück bei uns. Sie halten sehr viel von unserem Land und manche schütteln zuweilen den Kopf darüber, wie schwer sich manche Deutschen damit tun, auf das stolz zu sein, was Deutschland heute ausmacht:

Nämlich eine stabile Demokratie, eine soziale Marktwirtschaft, ein vorbildlicher Sozialstaat und ein freies Land, das seiner Verantwortung in der Welt gerecht wird. Viele Zuwanderer sind Deutschland sehr dankbar. Ich sage das auch ganz bewusst vor dem Hintergrund meiner eigenen Familiengeschichte. Es ist das Gefühl der Dankbarkeit, das ich mit diesem Land verbinde. Wenn wir bei Dankbarkeit sind, sind wir im Bereich der Gefühle und Emotionen. Gefühle und Emotionen gehören eben auch dazu, wenn wir über Integration sprechen. Ich danke Ihnen.

Anhang

LANDTAG DES SAARLANDES
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2275

05.02.2009

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Integration erfordert beiderseitiges Engagement

Der Landtag wolle beschließen:

Deutschland ist ein weltoffenes Land, in dem Deutsche und Zuwanderer friedlich zusammen leben und arbeiten. Fast 20 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Zuwanderer sind also keine kleine Minderheit, sondern ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist und bleibt eine unserer größten Zukunftsaufgaben. Denn trotz teilweise jahrzehntelangem Aufenthalt in Deutschland sind Zuwanderer immer noch durchschnittlich schlechter gebildet, häufiger arbeitslos und nehmen weniger am öffentlichen Leben teil als Einheimische. Ziel einer gelungenen Integrationspolitik muss es sein, diese Differenzen abzubauen und eine Annäherung der Lebensbedingungen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu erreichen.

Voraussetzung dafür sind aktive Hilfsangebote der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Entscheidend für den Erfolg aller Integrationsbemühungen ist jedoch die Bereitschaft der Migranten, sich mit den kulturellen Gepflogenheiten in der neuen Heimat vertraut zu machen und möglichst aktiv am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Gute Sprachkenntnisse sowie die Achtung kultureller und sozialer Normen des aufnehmenden Landes sind für das Gelingen der Integrationsbemühungen zwingende Voraussetzung. Jeder erhält faire Chancen – diese auch zu nutzen und die vorhandenen Angebote anzunehmen, liegt jedoch in der Verantwortung des Einzelnen.

Das Saarland steht bei der Integration von Migranten vor besonders großen Herausforderungen. Diese ergeben sich aus der historischen Entwicklung der Migration in unsere - früher durch Schwerindustrie geprägte - Region und der daraus resultierenden

Zusammensetzung der zugewanderten Bevölkerung. Deshalb ist gelungene Integration von Zuwanderern im Saarland noch stärker als in anderen Regionen eine alle Lebensbereiche umfassende Langzeitaufgabe. Das Saarland hat seit dem Jahr 2000 eine Reihe von Maßnahmen und Programmen zu verschiedenen Teilaspekten von Integration gestartet. Die Erfolge dieser Angebote und Maßnahmen werden sich in vielen Bereichen erst nach Jahren und Jahrzehnten messbar zeigen. In anderen Bereichen sind die ersten Fortschritte bei der Integration bereits jetzt messbar und nachgewiesen.

Der saarländische Landtag bestärkt die Landesregierung in ihren integrationspolitischen Aktivitäten und Vorhaben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- das Landesintegrationskonzept bedarfsgerecht fortzuschreiben,
- im Bereich der Zuwanderung verstärkt saarländische Arbeitsmarktbedarfe einzubeziehen,
- verstärkt Maßnahmen und Initiativen zu ergreifen, die einen frühestmöglichen Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen ermöglichen,
- den flächendeckenden Ausbau des Programms „Früh Deutsch lernen“ sicherzustellen,
- für eine Öffnung der Integrationskurse für Jugendliche in Schulabschlussklassen zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit einzutreten,
- für eine Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens für im Ausland erworbene Bildungs-, Berufsbildungs- und Hochschulabschlüsse einzutreten,
- die Kooperation der Integrationsfachdienste mit den Grundsicherungsträgern SGB II auszubauen, um insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen mit Migrationshintergrund wieder die Chance eines Einstieges in den Arbeitsmarkt zu eröffnen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich:

Herausgeber:
CDU-Fraktion im Landtag des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 81/50 02 .2 18
Fax.: 06 81/50 02 .3 90
www.cdu-fraktion-saar.de